

384  
404

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 2. Dezember 1917. Nr. 384.

Erhebungen über die Lage der Kriegshinterbliebenen. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete Oberkurator von Steiner über die Notwendigkeit, die soziale Lage der Kriegshinterbliebenen und der Familien der Kriegsbeschädigten durch Erhebungen festzustellen. Schon in den ersten Kriegsmonaten hat die Gemeinde Wien auf die Notwendigkeit einer Reform unserer Militärversorgungsgesetze hingewiesen. Die gleiche Forderung ist seither von vielen Seiten geltend gemacht und auch in einer Reihe von schätzenswerten Schriften behandelt worden. Man ist sich wohl allseits darüber klar, dass die Rentenversorgung, mag sie auch wesentlich verbessert werden, für sich allein keine genügende Hilfe bieten kann und soll. Die soziale Fürsorge, Gesundheits-, Erziehungs- und Arbeitsfürsorge vor allem, werden berufen sein, dem Staate und der Gesellschaft die erwünschte Gelegenheit zu geben, den Kriegerswitwen und -waisen und den Familien der Kriegsbeschädigten jene Hilfe zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Anrecht haben. Rentenversorgung und soziale Fürsorge zusammen müssen von dem Leitgedanken beherrscht sein, alle unmittelbaren Opfer des Krieges auf jener sozialen Stufe zu erhalten, auf der sie sich vor dem Kriege befunden haben. Sie beziehen wohl augenblicklich den Unterhaltebeitrag fort, die Allgemeinheit darf sich aber nicht damit zufrieden geben, dass vorläufig vorgesorgt ist. Staat und Gesellschaft haben die Gewissenspflicht, den Umfang ihrer Zukunftsaufgaben genau zu erforschen und zu diesem Zweck die Verhältnisse der Kriegsoffer zunächst einmal nach allen Seiten zu erheben. Wir brauchen die Kenntnis der absoluten Zahl aller Kriegerswitwen, Kriegerwaisen und Kriegsinvaliden und die genaue Kenntnis ihrer früheren und jetzigen sozialen Lage. Um uns beispielsweise über die Aufgaben der Kriegerswitwenfürsorge klar zu werden, müssen wir deren Gesundheitszustand, die Verteilung nach dem Lebensalter, Schul- und Berufskennntnisse, Berufstätigkeit vor und in der Ehe, seit der Einrückung oder seit dem Tode des Gatten u. s. w. kennen. In gleicher Weise brauchen wir die Kenntnis aller wesentlichen Lebensmerkmale der Kriegerwaisen und der Kriegsbeschädigten und ihrer Familien. In der Petition der Gemeinde Wien, die der Stadtrat nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen hat, wird nun verlangt, dass vom Staate wegen und unter Einführung einer Meldepflicht solche Erhebungen allgemein durchgeführt werden, um so auf dem einzig möglichen Wege einer Zählung die notwendigen exakten Grundlagen für eine umfassende soziale Fürsorge zu Gunsten aller unmittelbaren Kriegsoffer zu gewinnen. Die Anregung wird den Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen. Ihre Durchführung durch das neue Ministerium für soziale Fürsorge wäre geeignet, über eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft wertvolle Klarheit zu schaffen.

Die städtischen Beamten und Lehrer beim Bürgermeister. Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfing eine Abordnung der städtischen Beamten- und Lehrerschaft bestehend aus den Beamtenvertretern Victor de Pontis, Geschlät, Henel und Hulka und den Lehrervertretern Gussenbauer, Schönbauer, Schimitzek, Leng und Frau Ambros, die im Auftrage der Gesamtheit der städtischen Angestellten das Wohlwollen und die Unterstützung des Bürgermeisters für die in den Eingaben an den Gemeinderat nach dem

Ausmasse der Staatsbeamtenforderungen festgelegten Wünsche der städtischen Angestellten sowie die beschleunigte Auszahlungsveranlassung der einmaligen Zuwendungen zu erbitten hatte.

Der Bürgermeister würdigte die eingebrachten Gründe vollständig, bedauerte, dass die einzig richtige Abhilfe durch den Abbau der Preise leider seinen Machtbefugnissen entrückt sei, verwies auf die vom Gemeinderat durch die Gewährung von Teuerungszulagen und reichlichen Aushilfen bereits betätigte Fürsorge der Gemeinde für ihre Angestellten, betonte jedoch die ungemein schwierige Lage der Gemeinde hinsichtlich der Geldbeschaffung im Gegensatze zum Staate, die eine durch wiederholte Erhöhung der Bezüge und mehrmalige Zuwendungen bedingte Erhöhung der Verwaltungsauslagen bei der aus der Kriegslage sich ergebenden bedeutenden Verminderung der Gemeindefinnahmen beinahe ausschliesse, sicherte aber in Würdigung der ausserordentlichen Notlage der Festangestellten einschliesslich der Eingerückten und Pensionisten den vorgebrachten Bitten und Wünschen das weitmögliche Entgegenkommen sowohl seiner selbst als auch des Gemeinderates zu.

Dem Präsidenten des Vereines der Beamten der Stadt Wien Oberrechnungsrat Victor de Pontis bemerkte der Bürgermeister, dass er im Vertrauen auf die Einsicht und das Gerechtigkeitsgefühl der städtischen Beamtenschaft in Bezug auf Leitung und Gegenleistung aber auch bestimmte auf die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung abzielende Vorschläge aus der Beamtenschaft erwarte, um der Gemeinde die endgültige Regelung der Dienstverhältnisse ihrer Angestellten überhaupt zu ermöglichen.

GR: Gussenbauer brachte mehrfache Wünsche und Beschwerden der Lehrerschaft hinsichtlich der Brotkommission vor, die der Bürgermeister zu prüfen und nach Tunlichkeit zu ordnen versprach.

Ehrengabe für Professor Udel. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer, dem Professor Karl Udel in Anerkennung seines hervorragenden und oft in den Dienste der Wohltätigkeit gestellten Wirkens auf dem Gebiete der Musik ein Ehrengeld zu bewilligen. Der Antrag wird den Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Bezirksratsitzung. Die Bezirksvorstehung Brigittenau hält am 5. Dezember 6 Uhr abends eine öffentliche Sitzung ab.

Gemeindevermittlungsbüro. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungsbüro Mariahilf Neubau und Josefstadt finden in diesem Monate am 5., 12. und 19. statt.

Regelung der Bezüge der Stadtgärtner. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss beschlossen, dass auch die Stadtgärtner die Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten Anwendung zu finden habe.

Grundankauf. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Braun, die Liegenschaft 2. Bezirk, 5. Landengasse im Ausmasse von 288 m<sup>2</sup> um den Betrag von 7800 Ktönen zu Strassenregulierungszwecken anzukaufen. 198 m<sup>2</sup> entfallen nach der genehmigten Baulinie zur Strasse.